

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Kämmerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen waren diesmal in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Bemerkenswert war bereits der Aufschlag des Oberbürgermeisters im Sommer. Vor den Wahlen hatte die CDU die Anhebung der Gewerbesteuer noch kategorisch ausgeschlossen. Angesichts der Finanzkrise wurde er jedoch eines besseren belehrt. Denn das Defizit im Haushalt ist ohne erhebliche Einnahmeverbesserung nicht auszugleichen. Soweit hat sich diese Erkenntnis mittlerweile in allen Ratsfraktionen durchgesetzt. Leider etwas spät, denn nach dem Einbruch der vergangenen zwei Jahre kann durch die Anhebung um 20 Punkte nicht einmal der Rückgang der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Hätte die schwarz-gelbe Koalition in den letzten Jahren etwas vorausschauender gehandelt, wäre die Verschuldung heute niedriger.

So aber verursacht der Schuldendienst jährlich Kosten in Höhe von fast 60 Mio. Euro. Das ist ein Teil der schwierigen Haushaltslage, der hausgemachte. Ein anderer ist Folge der Bundes- und Landespolitik. Durch Steuersenkungen für Unternehmen, Besserverdienende und Reiche, angefangen von der Senkung der Körperschafts- und Einkommenssteuer durch Rot-Grün bis hin zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb, hatten die Städte und Gemeinden massive Einnahmeausfälle. Und Hery, du meinst ja, das sei steuerpolitische Kleinstaaterei, wenn die Kommunen jedes Mal auf Bundesgesetze reagieren. Das sehe

ich völlig anders. Spätestens als Rot-Grün die Körperschaftssteuer 2005 so gut wie abgeschafft hat, hätten alle Städte deutlich die Gewerbesteuer anheben müssen, um die Defizite zumindest ein wenig auszugleichen. Das ist eine einfache Ursache-Wirkung-Reaktion, genauso so wie die Kulturförderabgabe die Reaktion auf die Steuergeschenke von Schwarz-Gelb an die Hoteliers ist. Was ist falsch, wenn die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Umverteilung reagieren?

Hinzu kommt, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet wurden, wodurch die Finanzausstattung derzeit vorne und hinten nicht stimmt. Leider sind die höheren Zuwendungen, die die neue Rot-Grüne Landesregierung beschlossen hat, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb ist es umso wichtiger, die Verbundquote wieder zu erhöhen, wie das auch die linke Landtagsfraktion fordert. Nicht zuletzt hieran wird sich zeigen, wie ernst es Rot-Grün mit der finanziellen Entlastung der Kommunen meint.

Persönlich halte ich es übrigens nicht für ein Naturgesetz, dass Politikerinnen und Politiker, sobald sie im Landtag oder im Bundestag sitzen, gegen die Interessen ihrer eigenen Städte handeln. Vielleicht sollten die Ortsverbände mal ein wenig mehr Druck ausüben. Immerhin stellen sie die Kandidaten auf.

Aber zurück zur schwierigen Haushaltsslage in Münster und den Merkwürdigkeiten der diesjährigen Haushaltsberatungen. Mit dem Konzept zur Haushaltskonsolidierung hat der Oberbürgermeister zweifellos Mut bewiesen. Insbesondere die 182 Sparmaßnahmen, bei denen immer die zu erwartenden Bürgerwirkungen skizziert wurden, sind so offen und transparent dargestellt, dass einem Zuweilen beim Lesen die Spucke wegblieb. Bei vielen hätte man meinen sollen, dass sich alle Fraktionen augenblicklich davon dis-

tanzieren, so Nr. 134, Reduzierung zahnärztlicher Untersuchungen an Grundschulen. In Anbetracht von Sprechstörungen und vorzeitiger Zahnverluste hätte das nie ernsthaft zur Disposition stehen dürfen. Nicht anders verhält es sich mit der geplanten Kürzung bei den freien Trägern um 6%. Als hätten die unter den Rödlkürzungen nicht ohnehin schon massiv gelitten. Aber die nackten Schottenbeine auf der Werbung für den Sparhaushalt, „nicht sexy! - notwendig!“ scheinen doch einigen Ratsvertretern derart den Kopf verdreht zu haben, dass auch die letzten Tabus gefallen sind.

Das betrifft vor allem die SPD. Zur Kommunalwahl mit dem Versprechen eines Politikwechsels angetreten, hat sie sich jetzt zum zweiten Mal für eine große Haushaltskoalition entschieden. Die so getitelte große „Verantwortungsgemeinschaft“ hat sogar noch UWG, ÖDP und den Piraten eingefangen. Glückwunsch!

Wem oder was fühlt man sich aber verantwortlich? Den Menschen in dieser Stadt?

Wohl kaum, denn mit der Anhebung der Grundsteuer B werden alle Haushalte belastet, unabhängig von ihrem Einkommen.

Den städtischen Beschäftigten?

In Anbetracht des bereits beschlossenen Stellenabbaus und der Vorgabe der CDU, insgesamt 250 Stellen zu streichen, kann das niemand ernsthaft behaupten. Fast symptomatisch ist die Zerschlagung des Bildungsnetzwerkes. Zuerst wird erklärt, das ganze Netzwerk habe nichts außer heißer Luft hervor gebracht. Deshalb sollten alle Stellen gestrichen werden. Zwei Wochen später, nachdem man darüber belehrt worden ist, dass mehr als diese Stellen auf dem Spiel stehen, bringen SPD und CDU einen Antrag ein, das Konzept noch einmal zu überarbeiten. Die Stellen sollen trotzdem gestrichen werden. Ob das Land dabei überhaupt mitspielt,

ist fraglich. Und die Beschäftigten scheinen gar nicht zu interessieren. Warum gesteht man nicht einfach ein, dass die Streichung ein Fehler war und zurück genommen wird. Das Konzept könnte man doch anschließend mit den Beschäftigten überarbeiten.

Wie sieht das bei den freien Trägern, Vereinen und Verbänden aus?

Ebenfalls Fehlanzeige, denn auch in diesem Bereich haben sich CDU und SPD auf pauschale Kürzungen geeinigt.

Wenn nun berücksichtigt wird, dass gegen den mehrheitlichen Bürgerwunsch, beim Straßenbau zu sparen, fast alle Projekte von der großen Koalition in den Ausschüssen durchgewunken worden sind, wird unmissverständlich klar, dass hier fleißig weiter gerödelt wird. Anstatt die Einnahmen dort zu verbessern, wo das Geld sitzt, bei den Unternehmen, Besserverdienenden oder Hoteliers, werden alle zur Kasse gebeten und viele Studierende sogar doppelt: Mit der Zweitwohnsitzsteuer auf die Kaltmiete und der Grundsteuer B auf die Nebenkosten.

Ein wirklicher Politikwechsel sieht definitiv anders aus.

Das Konzept der linken Ratsfraktion setzte dagegen auf eine gerechtere Belastung der Vermögenden, denn wer mehr hat, muss in einem solidarischen Gemeinwesen auch mehr schultern, eine solidere Gemeindefinanzierung, Einsparungen im Straßenbau oder bei Gewerbegebieten und dem FMO, dafür Verzicht auf Stellenabbau sowie mehr Investitionen im Sozialen, in der Bildung und der Jugendförderung. Dieses Konzept wurde leider reflexartig als unseriös abqualifiziert.

Da frage ich mich allerdings, wie seriös ist der Entwurf von CDU und SPD. Der Zuschuss für die Elefantenbadewanne aus dem Sparkassentopf ist ein zumindest merkwürdiger Coup. Ob die

Zweitwohnsitzsteuer die erhofften 4 Mio. Euro jährlich einbringt, grenzt an Kaffeersatzleserei. Und dass CDU und SPD nicht nur 20 Mio. Euro bei den kommunalen Betrieben abgreifen, sondern ihnen noch zusätzlich 10 Mio. aus den Fingern saugen wollen, um sie als Luftnummer für Schulinvestitionen zu verbuchen, das nenne ich eine Haushaltspolitik, die an Unseriosität nicht mehr zu überbieten ist.

Wie dem auch sei, der Weg, den die SPD jetzt eingeschlagen hat, geht nicht in Richtung Politikwechsel, geschweige denn sozial und gerecht. Für DIE LINKE. Ratsfraktion war und ist dieser Haushaltsentwurf inakzeptabel, weshalb wir uns nicht auf die Farce weiterer gemeinsamer Beratungen eingelassen haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit